Die europäischen Parteienzusammenschlüsse

RUDOLF HRBEK

Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG

Turnusgemäß fand im Jahr 1982 – am 12./13. November in Paris – ein Kongreß des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der EG statt, über dessen personelle und sachliche Entscheidungen auf mehreren Sitzungen des Büros seit Jahresbeginn vorbereitend beraten worden war. Der Holländer Joop den Uyl war schließlich zu einer erneuten Kandidatur bereit und wurde als Präsident des Bundes bestätigt. Nachdem der Holländer Dick Toornstra Kabinettchef des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Piet Dankert, geworden war, mußte ein neuer Generalsekretär bestellt werden. Das Amt wurde dem Italiener Mauro Giallombardo nach längeren Beratungen übertragen.

Der Kongreß beschloß Statuten-Änderungen, als deren Ziel das Büro „die gegenseitige Information und allfällige Kooperation der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien im Europäischen Parlament (EP) und den anderen europäischen Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale in Fragen gemeinsamer Interessen im demokratischen Europa" nannte[1]. Im einzelnen wurde bestimmt, daß der Vorsitzende der Fraktion der Sozialistischen Gruppe der Parlamentarischen Versammlung des Europarates an Büro-Sitzungen mit beratender Stimme teilnimmt; daß auch die Parteien mit Beobachterstatus gegenüber Kongreß und Büro Vorschlags- und Antragsrecht haben. Parteien, die diesen Status noch nicht haben, können gemäß Art. 14 als Gäste zu Sitzungen von Büro und Kongreß eingeladen werden; diese Bestimmung soll nach dem Willen des Kongresses „vorerst" auf die Sozialdemokratische Partei Finnlands angewandt werden, ohne ihr damit einen besonderen Status im Rahmen des Bundes zu geben. Die Initiative, Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale, die dem Bund nicht angehören, stärker an ihn zu binden, war von der Sozialistischen Partei Österreichs ausgegangen; die Parteien Norwegens, Schwedens und der Schweiz unterstützten sie.

Der Kongreß befaßte sich mit den krisenhaften Entwicklungen der Weltwirtschaft, der internationalen Beziehungen und der Gemeinschaft. In der Schlußresolution[2], die von der britischen Labour Party nicht mitgetragen wurde, werden Protektionismus, Hochzinspolitik und Monetarismus kritisiert. Die Delegierten warnen davor, sich nur auf die Selbsterholungskräfte des Marktes verlassen zu wollen und sprechen sich für die aktive Beeinflussung des Wirtschafts-

prozesses durch die Regierungen und die Gemeinschaft zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Gewährleistung sozialer Gerechtigkeit aus. Folgenden Aufgaben wird besondere Priorität zugeschrieben: Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums, vor allem in qualitativem Sinn; mehr Investitionen, wobei den öffentlich geförderten besondere Bedeutung zukommt; Modernisierung der Wirtschaftssysteme; stärkere Koordinierung der Industrie- und Forschungspolitik im EG-Rahmen; Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, wobei dem Währungsbereich – einschließlich des EWS – großes Gewicht gegeben wird; statt Aushöhlung des Sozialstaats im Sinne „neokonservativer" Kräfte Konsolidierung des Systems sozialer Sicherheit; Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der Einführung der 35-Stunden-Woche; angemessene, also bessere Ausstattung von Europäischem Sozial- und Regionalfonds, um die berufliche Qualifikation der Arbeitnehmer zu fördern und regionale Disparitäten abzubauen; Ausweitung der Rechte der Arbeitnehmer, vor allem in multinationalen Unternehmen („Vredeling"-Richtlinie).

Zum Stichwort „Europa als Friedensfaktor" werden eine Wiederbelebung des Nord-Süd-Dialogs im Sinne der Vorschläge der Brandt-Kommission, die Weiterentwicklung des Lomé-Abkommens sowie Bemühungen zur Beendigung des Wettrüstens gefordert; die Weiterentwicklung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) wird ausdrücklich unterstützt, weiterhin eine „unabhängigere Rolle in der Weltpolitik" für Europa anvisiert. Zum Stichwort „Die Zukunft der EG" heißt es, die Gemeinschaft muß „sowohl demokratischer als auch wirkungsvoller werden". Dazu wird eine Beschleunigung des Entscheidungsprozesses gefordert und zum EP wird gesagt, ihm „sollte das Recht zuerkannt werden, seine Rolle als demokratische Kontrollinstanz zu spielen und am Gesetzgebungsprozeß teilzuhaben". Schließlich sprechen sich die Delegierten für die Aufnahme Portugals und Spaniens in die Gemeinschaft aus, wobei die damit zusammenhängenden Probleme „im Geiste einer positiven Haltung zum Beitritt" gelöst werden müßten.

Die überwiegend sehr allgemeinen Aussagen unterstreichen einmal mehr den Charakter des Bundes, der „keine europäische Dachpartei" ist und „dies auch nicht werden" will, vielmehr „eine Arbeitsgruppe souveräner Parteien, die sich auf eine Reihe gemeinsamer Grundüberzeugungen stützt und die sich. . . durch die gleiche Einstellung verbunden fühlt", bildet. Bisherige Erfahrungen hätten gelehrt, „daß politische Entscheidungen nur auf der Grundlage eines allgemeinen Konsens getroffen werden können"[3]. Die Schwierigkeiten, sich auf einen gemeinsamen Nenner zu einigen, zeigten sich während des Kongresses an der Stimmenthaltung der Briten zur Schlußresolution, an der Nichtbeteiligung der Iren bei sicherheitspolitischen Diskussionen (unter Hinweis auf die Nichtmitgliedschaft des Landes in der NATO) und an der dezidierten Haltung der Dänen, den gegenwärtigen Integrationsstand einschließlich vorhandener EP-Befugnisse mitzutragen, ein Mehr an Supranationalität jedoch abzulehnen.

Im Berichtsjahr wurden fünf Büro-Sitzungen abgehalten: 11./12. Februar und 6./7. Mai in Brüssel, 16./17. September in Straßburg, 11. November in Paris, 6. Dezember in Brüssel. Neben der Vorbereitung des Kongresses und spezieller Fachkonferenzen, der Erörterung der Gestaltung der Beziehungen zu Parteien des demokratischen Sozialismus außerhalb des Bundes (vgl. die Statutenänderung), der Diskussion wichtiger Entwicklungen in einzelnen Mitgliedstaaten sowie aktueller Probleme (z.B. Polen, südliches Afrika, Sozialstaat, Beschäftigungspolitik[4]) befaßte sich das Büro mit den zweiten Direktwahlen zum EP 1984 und mit Sicherheitspolitik.

Was die EP-Wahlen betrifft, so bestehen unterschiedliche Auffassungen darüber, wann mit gezielten Vorbereitungen für den Wahlkampf begonnen werden soll, weil in manchen Ländern traditionell nur ein kurzer Wahlkampf geführt wird und dabei dann die jeweils aktuellen Themen im Vordergrund stehen. Aktivitäten im Jahr 1983 sollen daher allgemeiner Information der Wählerschaft über die Politik der EG und die Arbeit des EP dienen. Weiter zeichneten sich mögliche Unterschiede in den politischen Prioritäten zwischen einzelnen Mitgliedsparteien – je nach nationalen Gegebenheiten – und zwischen einzelnen nationalen Parteien und ihren EP-Abgeordneten, die vielfach ihre Wiederwahl anstreben, ab. Dabei spielt die Frage der finanziellen Ausstattung von EP-Abgeordneten aus EP-Mitteln eine wichtige und, wie sich 1983/84 zeigen dürfte, brisante Rolle. Vor allem bewirkte die Ankündigung der britischen Labour Party, sie wolle sich an den Direktwahlen beteiligen, aber auf der Grundlage des Austrittsbeschlusses der Partei, interne Meinungsverschiedenheiten: die anderen Parteien sehen in dieser Position eine Belastung ihres proeuropäischen Wahlkampfes und die Gefahr der Beeinträchtigung ihrer Wahlchancen. So ist es nur verständlich, wenn andere Parteien in diesem Zusammenhang die Mitgliedschaft der Social Democratic Party als Alternative zu Labour ins Spiel brachten.

Das wachsende Gewicht der Sicherheitspolitik fand auch in den Arbeiten des Bundes seinen Niederschlag. Bemühungen um substantielle Diskussionen im Büro des Bundes waren ein Fehlschlag; zum einen verweigerten die Iren, sich an der Diskussion zu beteiligen (wohl aus Furcht, andere wollten ihr Land an die NATO heranführen), zum zweiten zeigten sich die Franzosen, die am (von anderen als „gaullistisch" bezeichneten) Konzept einer nationalen, auf Atomwaffen gegründeten Militärstrategie festhalten, starke Zurückhaltung (sicher auch aus Sorge, in den Sog der in anderen Staaten sehr aktiven Friedensbewegung zu geraten). Diese Konstellation hat wohl auch die Durchführung der von den Niederländern initiierten Fachkonferenz über Sicherheitspolitik bislang verhindert. Auf diesem Hintergrund sind Entstehung und Aktivität der sog. Scandilux-Gruppierung zu sehen. In ihr sind jeweils zwei bis vier Experten der Mitgliedsparteien Dänemarks, Norwegens, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs vertreten, die dort sicherheitspolitische Fragen sehr intensiv behandeln. Als ständige Beobachter nehmen an den Beratungen Vertreter der briti-

schen Labour Party teil sowie Egon Bahr als individueller Experte. So sehr Sicherheitspolitik einerseits also intensive Parteienzusammenarbeit im Rahmen dieser Untergruppierung gefördert hat, so sehr beeinträchtigt sie die Geschlossenheit des Bundes insgesamt und trägt dazu bei, daß die französischen Sozialisten – wie ihre britischen Genossen aber aus anderen Gründen – in eine gewisse Sonderrolle geraten.

Zwei Fachkonferenzen wurden 1982 abgehalten: 15./16. Mai in Rom zum Thema „Gewalt und Terrorismus", 25.–27. Juni in Marseilles über „Mittelmeerpolitik der EG"[5].

Die Europäischen Liberalen Demokraten (ELD)

Der jährliche Kongreß der ELD fand 1982 vom 6.–9. Mai in Venedig statt[6]. Delegierte waren Vertreter der elf Mitgliedsparteien, die Mitglieder der ELD-Fraktion im Europäischen Parlament, Vertreter der Jugendorganisation L.Y.M.E.C. und – als Kommissionspräsident – Gaston Thorn. Der Kongreß bestätigte den Belgier Willy De Clercq als Präsidenten und wählte das Exekutivkomitee neu; dabei gab es nur geringfügige Änderungen: für die F.D.P. ersetzte Horst-Jürgen Lahmann Gerhard Moritz Meyer und Günter Verheugen schied aus, bei den französischen Republikanern ersetzte Michel Poniatowski Ode Dugue[7]. Eine weitere Personalentscheidung im Jahre 1982 betraf das Amt des Generalsekretärs: das Exekutivkomitee bestellte für den ausscheidenden Florus Wysenbeek den Dänen Jens Nymand Christensen.

Der Kongreß nahm Änderungen von Satzung und Geschäftsordnung der ELD vor[8], die insofern bedeutsam sind, weil sie tendenziell Gewicht und Einfluß nationaler Parteiorganisationen vermindern und den transnationalen Charakter der Parteiföderation stärken. Art. 2 der Satzung verpflichtet die Mitgliedsparteien, „mit einem gemeinsamen Programm in den Wahlkampf für die Wahl zum Europäischen Parlament zu ziehen". Vorgänge aus dem Jahr 1981[9] erklären die Aufnahme folgender Bestimmung in Art. 9: „Will eine Mitgliedspartei zu einer Nicht-Mitgliedspartei der ELD oder der LI in einem anderen Land, in dem die Föderation eine Mitgliedspartei hat, offiziellen Kontakt aufnehmen, so muß sie zuvor die Mitgliedspartei in dem betreffenden Land konsultieren". Im Exekutivkomitee hat jede Partei zwei Mitglieder, stellt sie mehr als 10 % der Kongreß-Delegierten, erhöht sich die Zahl auf drei; der Zusatz – „jedoch darf eine Höchstzahl von vier Mitgliedern pro Land in dieser Abteilung nicht überschritten werden" – wirkt sich zuungunsten der beiden französischen Mitgliedsparteien, letztlich der Republikaner, aus. Art. 14 bestimmt darüber hinaus, daß der Kongreß sechs Mitglieder auf Vorschlag von 25 Delegierten („bis 24 Stunden vor der Wahl") wählt. Das bedeutet erstens, daß in dieser zweiten Kategorie von Mitgliedern etliche Parteien leer ausgehen und vor allem, daß Vorschläge nicht von Parteien, sondern von einer bestimmten Zahl von Delegierten – also transnational – eingebracht werden können. Auf der gleichen Linie liegt, daß Dringlichkeitsanträge nicht mehr nur vom Exekutiv-

komitee oder einer Mitgliedspartei, sondern gleichfalls von 25 Delegierten eingereicht werden können (Art. 29). Die Geschäftsordnung sieht konsequenterweise vor, daß Entschließungs- und Änderungsanträge zu Tagesordnungspunkten neben dem Exekutivkomitee, der EP-Fraktion und einer Mitgliedspartei von 25 Delegierten eingereicht werden können. Und: „Falls ein von Delegierten eingereichter Entschließungsantrag keinen Tagesordnungspunkt betrifft, so entscheidet das Exekutivkomitee oder, falls dieses die Aufnahme des betreffenden Gegenstandes in die Tagesordnung ablehnt, der Kongreß mit einfacher Mehrheit, ob der Antrag zur Beratung und Beschlußfassung zugelassen wird." Die Bedeutung all dieser neuen Bestimmungen liegt auf der Hand.

Der Kongreß faßte mehrere Entschließungen[10]. Die Resolution zur Europäischen Union fordert, daß in einem neuen Vertrag die Ziele der Union und das Verfahren zu ihrer Errichtung festgehalten werden. Zum Kompetenzbereich der Union sollten zusätzliche Politiken gehören: Außen- und Sicherheitspolitik sollten koordiniert und letztlich vereinheitlicht, ein Rat für kulturelle Zusammenarbeit eingerichtet werden. Zum Entscheidungsgefüge der Gemeinschaft (als Union) wird ein neues Gleichgewicht zwischen den Institutionen gefordert: Rat und EP müssen gemeinsam das gesetzgebende Organ bilden; es werden Mehrheitsentscheidungen im Rat und die Stärkung des EP (z.B. bei der Einsetzung von Kommissions-Mitgliedern und der Vertragsratifizierung), weiterhin die Einbeziehung des Europäischen Rates und damit seine Unterwerfung unter EP-Kontrolle gefordert. Die Union brauche mehr Eigenmittel, deshalb müsse die 1 %-Grenze bei der Mehrwertsteuer – als kurzfristige Maßnahme – überschritten werden. Die Resolution zur Europäischen Akte begrüßt diese Initiative als ersten Schritt auf dem Weg zu einem neuen Vertrag, bedauert jedoch die Verankerung des Vetorechts bei sogenannten „vitalen Interessen" eines Mitgliedstaates.

In der Entschließung über grenzüberschreitende Umweltprobleme werden Gemeinschaftslösungen – als erster Schritt ggf. zunächst auch bilaterale Arrangements – verlangt; es geht um rechtzeitige Information und Konsultation einschließlich der Möglichkeit zur Einlegung von Rechtsmitteln. Mit dieser Aussage setzen die ELD ihre Bemühungen der letzten Jahre konsequent fort. Eine weitere Entschließung spricht sich für geeignete Maßnahmen zur Erhaltung der Lagune von Venedig aus. In einer weiteren Resolution werden energische Maßnahmen der Gemeinschaft – komplementär zu nationalen Aktivitäten – zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gefordert. Die Entschließung zu den Direktwahlen unterstützt das Plädoyer des EP zugunsten eines einheitlichen Wahlsystems – es soll die Verankerung des Verhältniswahlrechts gewährleisten, ein traditionell zentrales Anliegen der ELD. Die Entschließung zur Falkland-Krise verurteilt die Invasion und fordert eine friedliche Lösung; die Resolution zu Polen verurteilt Menschenrechtsverletzungen und verlangt – um der Entspannung willen – die Aufhebung des Kriegsrechts und die Wiederherstellung der Rechte der Gewerkschaft Solidarität.

Das Exekutivkomitee der ELD trat im Jahre 1982 insgesamt sechsmal zusammen: 9. Februar, 4. März, 2. und 22. Oktober in Brüssel, 6. Mai in Venedig, 8. Dezember in Paris. Auf den Tagesordnungen standen die Vorbereitung des Kongresses, die Beratung der Arbeiten der Programm-Kommission, die Beschäftigung mit der Direktwahl des EP 1984, die Erörterung aktueller Vorgänge in den Mitgliedstaaten und in der internationalen Politik (z.B. El Salvador), schließlich ELD-interne Fragen politischer und organisatorischer (einschließlich finanzieller) Natur, einschließlich der Beziehungen zu liberalen Parteien in den Beitrittsländern.

Was die Direktwahlen 1984 angeht, so beriet die 1981 eingesetzte Programmkommission unter Leitung von Hans Nord[11] über das neue ELD-Programm, das die inhaltliche Grundlage des Wahlkampfes bilden soll; die Fertigstellung des Entwurfs ist für Anfang 1983 vorgesehen. Was die Wahlkampfführung angeht, so ist beabsichtigt, das meiste Material zentral herzustellen und mit einem einheitlichen Profil vor den Wähler zu treten. Die vom EP zur Verfügung gestellten Mittel sollen teils zentral bewirtschaftet, teils den nationalen Mitgliedsparteien zur eigenen Verwendung gegeben werden.

Die ELD bemühten sich auch 1982 um Kontakte zu Parteien in den Beitrittsländern, die nach erfolgtem Beitritt den Status von Mitgliedern erhalten sollen; an diesen Kontakten wirken nicht zuletzt parteinahe Organisationen wie etwa die Friedrich-Naumann-Stiftung mit. Zur portugiesischen PSD bestehen recht gute Beziehungen. Anders ist die Lage in Spanien, wo sich das Parteienspektrum nach den Wahlen vom 28. Oktober 1982 zum Teil neu formiert; hier könnte die neu gegründete PDL von Garriges der künftige Partner werden. In Griechenland dagegen ist eine solche klare Perspektive noch nicht in Sicht.

Die ELD steht weiterhin deutlich im Schatten der ELD-Fraktion im EP, die die liberale Europapolitik dominierend prägt. Als Anfang 1982 eine Spaltung der ELD-Fraktion in den Bereich des Möglichen rückte – eine solche Entwicklung war mit dem Namen der ehemaligen EP-Präsidentin Simone Veil verbunden –, hätte dies sicher auch nachhaltig die Entwicklung der ELD berührt; seit dem Kongreß in Venedig gilt der Vorgang als erledigt. Die Beratungen des Programms und die Vorbereitung des Wahlkampfes 1983/84 werden deutliche Indikatoren für den Grad an Homogenität und Aktionsfähigkeit der ELD als transnationaler Parteienzusammenschluß sein.

Die Europäische Volkspartei (EVP)

Mit der in der Sitzung des Politischen Büros am 8. Juni 1982 erfolgten Aufnahme der Südtiroler Volkspartei umfaßt die EVP zehn Mitglieder; hinzu kommen die anerkannten Vereinigungen, deren Zahl sich 1982 mit der Europäischen Union Christlich Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) auf insgesamt fünf erhöhte.

Personalentscheidungen, die 1982 fällig waren und satzungsgemäß vom Politischen Büro vorgenommen werden, erbrachten in der Sitzung am 6. Dezember

folgendes Ergebnis: der Belgier Leo Tindemans (CVP) wurde im Amt des Präsidenten bestätigt. Zu Vizepräsidenten wurden gleichfalls einstimmig gewählt Piet Bukman (CDA), Garret FitzGerald (Fine Gael), Egon A. Klepsch (CDU), Vito Lattanzio (D.C.) und Pierre Pflimlin (CDS); Vizepräsidenten ex officio sind der Vorsitzende der EVP-Fraktion im EP Paolo Barbi und der Vizepräsident der EUCD Kai-Uwe von Hassel. Als Schatzmeister wurde Alfred Bernand (CVP) bestellt.

Unter dem Motto „Freiheit bewahren – Frieden schaffen – Europa einigen" fand der 4. Kongreß der EVP vom 2.–6. Dezember 1982 in Paris statt[12]. In der Resolution „Frieden in Freiheit und Sicherheit", bei der sich die irische Fine Gael unter Hinweis auf die Nichtmitgliedschaft des Landes in der NATO der Stimme enthielt, wurde vor einer Vertrauenskrise Europa/USA gewarnt, verbesserte Kooperation der Europäer im Rahmen der NATO gefordert, Abrüstung und Null-Option befürwortet, aber gleichzeitig die zur Erhaltung des Gleichgewichts ggf. nötige Nachrüstung unterstützt, weiterhin eine Verbesserung und Verstärkung der konventionellen Waffen in Europa mit dem Ziel einer Erhöhung der Nuklearschwelle gefordert. Nach anfänglichem Zögern akzeptierte auch die niederländische CDA die Entschließung[13]. In der Resolution „Innerer Friede: Wirtschafts- und Sozialpolitik" kritisierten die Delegierten den Protektionismus und bezeichneten hohe Besteuerung und geringe Eigenkapitalbildung der Unternehmen als Gefahr für wirtschaftliche Stabilität; Produktions- und Sozialkosten dürften nur langsam steigen. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wurden Maßnahmen der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft selbst gefordert. Eine sehr intensive Diskussion fand über die gleichfalls angenommene Resolution „Entwicklungspolitik, eine Pflicht der Solidarität und eine lebenswichtige Verantwortung für Europa" statt; darin wurde zur Solidarität mit den Entwicklungsländern aufgerufen und das Lomé-Abkommen als Rahmen hierfür bezeichnet. Der Kongreß billigte sodann das Aktionsprogramm für kleine und mittlere Unternehmen in der EG, das die Handschrift der Mittelstandsvereinigung trägt, und nahm die Entschließung „Die institutionelle Strategie der EVP" an. Darin erinnerte die EVP zustimmend an die politische Finalität der Verträge und unterstützte eine Reihe aktueller Initiativen: Reform der Verträge und Verwirklichung der Europäischen Union, „Erweiterung des Einflußbereiches und der Zuständigkeiten des Parlaments im Rahmen der bestehenden Verträge" entsprechend den einschlägigen Entschließungen des EP, Erhöhung der Gemeinschaftseinnahmen. Außenpolitik und Sicherheit müßten auch zu den Zuständigkeiten der Union gehören.

Das Politische Büro tagte neunmal: 12. Januar, 9. Februar, 4. Mai und 8. Juni in Brüssel, 29. Juni in Luxemburg, 9. September in Rom, 5. Oktober und 9. November in Brüssel, 6. Dezember in Paris. Beratungspunkte waren die Kongreßvorbereitung, aktuelle Vorgänge der internationalen Politik (z.B. Polen, Lateinamerika, Türkei, Libanon und Naher Osten), spezielle EG-Themen (wie

Jugendarbeitslosigkeit, Mittelmeerplan, wirtschaftliche Beziehungen zu den RGW-Staaten, EG-Wirtschaftspolitik der 80er Jahre, Aktionsprogramm für kleine und mittlere Unternehmen) sowie EVP-interne Angelegenheiten: die unbefriedigende Finanzlage, der verbesserungsbedürftige Verhandlungs- und Arbeitsstil im Politischen Büro (um der Arbeit mehr Kohärenz zu geben wurde empfohlen, daß pro nationaler Delegation möglichst nur ein Mitglied zu einem Tagesordnungspunkt spricht), das Verhältnis zur EP-Fraktion (die immer noch sehr stark dominiert, aber stärker mit der EVP verbunden sein sollte) und zu den nationalen Mitgliedsparteien (die sich stärker engagieren und der EVP-Aktivität größere Resonanz geben sollten). Von den anerkannten Vereinigungen waren insbesondere die der Frauen, Jugendlichen und Arbeitnehmer aktiv und beeinflußten damit das Geschehen im Politischen Büro. Als aktive Teilnehmer gelten auch die EG-Kommissare Narjes und Natali.

Die Verbindung zu den christlich-demokratischen Parteien aus Nicht-EG-Staaten wird über die EUCD gehalten, der alle EVP-Mitglieder angehören; die Politischen Büros beider Organisationen haben 1982 – wie schon früher – einige gemeinsame Sitzungen abgehalten; weiterhin werden einige spezielle Kommissionen (für die Bereiche Sozialpolitik, Sicherheit und Verteidigung, Internationale Politik – mit der Unterkommission Ost/West-Beziehungen – und Wirtschaftspolitik) von Vertretern beider Organisationen beschickt. Arbeitsgruppen, die sich mit speziellen EG-Themen befassen (nämlich Wahlkampf 1984 und Europäische Union), sind auf die EVP beschränkt. Die wiederholt ins Gespräch gebrachte Reorganisation der Arbeit beider Organisationen, bis hin zu Plänen einer Fusion, wurde nicht intensiv betrieben, da aktuellen, dringenden Fragen Priorität gegeben wurde und die zeitliche Verfügbarkeit der dafür zuständigen Parteiführer[14] begrenzt war. Als vorläufiges Ergebnis wurde beschlossen: die Vereinigung der Sekretariate in Brüssel, die Abhaltung gemeinsamer Sitzungen, engste Zusammenarbeit der beiden Präsidenten. Weitergehende Restrukturierungsmaßnahmen sind für die Zeit nach den Direktwahlen 1984 vorgesehen.

Zur Vorbereitung dieser Wahlen wurde eine Wahlkampfkommission eingerichtet, die aber lediglich Vorüberlegungen für eine gemeinsame Kampagne und die dazu erforderlichen Voraussetzungen anstellte; die Erarbeitung einer Wahlplattform auf der Basis des Politischen Programms der EVP und unter Einbeziehung der Aktivitäten der EVP-Fraktion soll erst 1983 erfolgen. Über die Verwendung der vom EP für Informationszwecke zur Verfügung gestellten Mittel wurde zwar noch keine endgültige Entscheidung getroffen, jedoch zeichnet sich eine dezentrale Mittelbewirtschaftung ab.

Die Europäische Demokratische Union (EDU)

Das Jahr 1982 markiert mit der Parteiführerkonferenz am 2./3. Juli in Paris eine Art Neubeginn, nachdem es 1981 politische Differenzen gegeben hatte, die die Vereinigung „christlich-demokratischer, konservativer und anderer nicht kol-

lektivistischer Parteien" in ihrem Zusammenhalt und der weiteren Entwicklung sehr zu beeinträchtigen gedroht hatten. Die Nationale Sammlungspartei Finnlands hatte auf der 4. Parteiführerkonferenz am 3. Juli 1981 in Kleßheim einem Dokument über die „Ost-West-Beziehungen" nicht zugestimmt[15]; die Befürwortung des NATO-Doppelbeschlusses, die Forderung nach Selbstbestimmungsrecht speziell für das deutsche Volk und die scharfe Verurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan waren die wesentlichen Gründe dafür. Da nach den bis dahin geltenden Verfahrensbestimmungen Beschlüsse einstimmig gefaßt werden mußten, gab es kein förmliches Votum der EDU zu diesem für viele Mitgliedsparteien zentralen Themenkomplex. Berichte zu anderen Themen wurden, nach Vorarbeiten einzelner Unterausschüsse, einmütig gebilligt und beschlossen[16]. Die Parteiführerkonferenz in Paris beschloß die Geschäftsordnung der EDU[17]. Zum Beschlußfassungsverfahren wurde bestimmt, daß bei nicht erreichbarer Einstimmigkeit Berichte als beschlossen gelten und veröffentlicht werden, „wenn zumindest 3/4 der Mitglieder übereinstimmen"; auf Wunsch „können Meinungen jener, die mit der Empfehlung nicht übereinstimmen, zu Grundsatzfragen, in einem kurzen Paragraph ausgedrückt werden". Der Beschluß bindet nur die Parteien, die ausdrücklich zugestimmt haben. Diese Verfahrensregelung erlaubte die Annahme des Berichts „Sicherheit und Abrüstung" durch die in Paris versammelten Parteiführer; obwohl die finnische Partei – unter Verweis auf ihre Politik der Neutralität – nicht zustimmte[18].

Neben der einmal jährlich tagenden Parteiführerkonferenz als oberstem Organ sieht die Geschäftsordnung als Leitungsorgan den Lenkungsausschuß, bestehend aus den Generalsekretären der Mitgliedsparteien oder ihren Beauftragten, vor; er tritt mindestens dreimal pro Jahr zusammen. Ausschüsse und Expertengruppen werden nach Bedarf von den Leitungsorganen eingerichtet, um sich mit speziellen Fragen zu befassen; den Vorsitz übernimmt jeweils eine Partei. Die Konferenz in Paris setzte zwei Ausschüsse („Europäische Strukturen – Europäische Politik" und „Wirtschaft") und drei Expertengruppen („Europäische Linke", „Mittel- und Lateinamerika" und „Wahlkampfmanagement") ein. Der EDU-Vorsitzende wird von der Parteiführerkonferenz für zwei Jahre gewählt; in Paris wurde der Österreicher Alois Mock wiedergewählt. Als Schatzmeister wurde der Brite Alistair McAlpine gewählt. Der Exekutivsekretär wird vom Vorsitzenden bestellt; der Österreicher Andreas Khol blieb dabei in seinem Amt.

Die Geschäftsordnung unterscheidet Mitglieder (zwölf Parteien), Ständige Beobachter (elf Parteien und vier Organisationen – Frauen, Mittelstand, Studenten, Jugend –, die an der Arbeit der Gremien ohne Stimmrecht mitwirken können), Beobachter (zwei Parteien, die ad hoc zur Parteiführerkonferenz zugelassen werden) und Assoziierte (vier überseeische Parteien: die Liberalen Australiens und Japans, die Nationalpartei Neuseelands und die US-Republikaner; sie können an den Parteiführerkonferenzen ohne Stimmrecht teilnehmen, an den Ausschüssen und Expertengruppen mitwirken und in den Len-

kungsausschuß eingeladen werden). Diese Abstufung entspricht dem insgesamt eher lockeren Zusammenhalt der EDU; Ziel ist, sie als Rahmen für möglichst viele gleichgesinnte Parteien zu nutzen. Dabei handelt es sich zunächst um europäische Parteien; der EDU-Vorsitzende Mock appellierte in Paris insbesondere an christlich-demokratische Parteien, die der EDU bisher nicht angehören, sich in diesem Rahmen zu engagieren. Zweitens handelt es sich um außereuropäische Parteien. Bereits 1980 erhielt die Progressive Konservative Assoziation Kanadas den Status des Ständigen Beobachters. Am 26. Juni 1982 hatten die vier der EDU assoziierten Parteien eine vergleichbare Organisation, die Pazifische Demokratische Union (PDU), gegründet. Auf der Pariser Parteiführerkonferenz wurden zwischen beiden Organisationen Gespräche über Ziele und Formen der künftigen Zusammenarbeit geführt. Generelle Intention ist die Schaffung einer weltweiten Gruppierung von Parteien bzw. regionalen Zusammenschlüssen von Parteien gleicher Grundüberzeugung.

Programmatische Grundlage der EDU war zunächst die Kleßheimer Erklärung, beschlossen von der 1. Parteiführerkonferenz am 24. April 1978. Die dort niedergelegten Grundsätze wurden im Rahmen einer Expertengruppe (unter Leitung der CSU) präzisiert; die Parteiführerkonferenz beschloß am 2. Juli 1982 über „Die Prinzipien der EDU" als politisches Programm[19]. Entsprechend dem Menschenbild („zu freier Entfaltung und solidarischem Zusammenleben. . . geschaffen") enthält das Programm ein Bekenntnis zu individueller Freiheit (auf der Basis „individuell verfügbaren Eigentums"), Partnerschaft zwischen Mann und Frau, dem Leistungsprinzip, der Familie als wichtigster Lebensgemeinschaft; zur repräsentativen, pluralistischen Demokratie („mit Parteienvielfalt, freien Wahlen und einem freien Mandat"), zu Rechtsstaatlichkeit und sozialer Verantwortung, Privatinitiative und Pressefreiheit; zu einer sozial verpflichteten Marktwirtschaft und zum Grundsatz der Sozialpartnerschaft. Das Programm befürwortet Zusammenarbeit in Europa und fordert die Verstärkung und Weiterentwicklung der – für Demokratien offenen – EG; es bezeichnet Entwicklungspolitik als Beitrag zum Frieden und sieht die Sicherheit in Europa momentan nur durch ein umfassendes Gleichgewicht verbürgt. Das Bekenntnis zur Abrüstung („eine moralische Pflicht") wird ergänzt durch die Feststellung, daß um des Gleichgewichts willen Aufrüstung als Beitrag zur Friedenssicherung nötig sein kann.

Starke politische Beachtung fand die Rede von Gaullistenführer Chirac, der verstärkte europäische Sicherheitsanstrengungen forderte, die das von ihm positiv gewürdigte US-Engagement ergänzen müßten. Auch im EG-Rahmen müßten eine Sicherheitsstrategie entwickelt und die Rüstungspolitik koordiniert werden. Die Parteiführerkonferenz nahm schließlich drei Berichte an: über „Sicherheit und Abrüstung", über „Die Gewerkschaften" (hier werden parteiunabhängige Organisationen, als Faktor des sozialen Fortschritts, gefordert und die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Unternehmensverwaltung) und zum Thema „Der Terrorismus"[20].

Anmerkungen

1 Kongreß-Unterlagen, vom Sekretariat des Bundes nach Beschlüssen des Büros vorgelegt.

2 Die Schlußresolution (maschinenschriftlich) trägt den Titel „Die Krise in Europa und die sozialistische Antwort".

3 „Geschichte des Bundes", hrsg. von Dick Toornstra für den Bund, Brüssel o.J., S. 27.

4 In der vom Bund neu herausgegebenen Informationsschrift „Info 1" (Brüssel o.J.) über die Sitzungen des Büros sind u.a. zwei Beiträge des Präsidenten den Uyl abgedruckt, die er auf der Februar- und Mai-Sitzung vorgetragen hatte: „Position der Sozialdemokraten im Wohlfahrtsstaat" und „Arbeitslosigkeit in Europa".

5 Die Beiträge dieser Konferenz sind in einer von Dick Toornstra für den Bund herausgegebenen Broschüre „Une politique méditerranéenne pour la Communauté Européenne aujourd'hui et demain" abgedruckt (Brüssel o.J.).

6 Eine Broschüre über den Verlauf des Kongresses lag bis zum Abschluß des Manuskripts noch nicht vor.

7 Das ELD-vade-mecum, Ausgabe 82 (gibt den Stand vom 18.12.1981 wieder), ist insoweit zu korrigieren (S. 5).

8 Es liegt nur eine maschinenschriftliche Fassung vor.

9 Vgl. dazu die Hinweise bei Rudolf Hrbek, Die europäischen Parteienzusammenschlüsse, in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1981, Bonn 1982, S. 355.

10 Auch die Resolutionen liegen nur in maschinenschriftlicher Form vor.

11 Die genaue Zusammensetzung ist im ELD-vade-mecum, Ausgabe 82, S. 34 enthalten; auf S. 35 sind die Mitglieder der Wahlkampf-Kommission aufgeführt.

12 Eine Dokumentation über den Kongreß enthält die von der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag herausgegebene Veröffentlichung „Europa im Blickfeld" Jahrgang 1982, II. Ausgabe vom 10. Dezember 1982. Darin sind neben den Ansprachen von Kohl, Tindemans und Strauß die vom Kongreß beschlossenen Resolutionen abgedruckt.

13 Lediglich zwei niederländische Delegierte enthielten sich der Stimme.

14 Do Amaral als Präsident der EUCD, Tindemans, Kohl und Piccoli (später ersetzt durch De Mita).

15 Das EDU-Bulletin 12 (Hrsg.: EDU-Sekretariat, Wien) enthält unter dem Titel „Zusammenfassung der Diskussion über Ost-West-Beziehungen" neben dem mehrheitlich gebilligten Dokument die ausführliche Darlegung der finnischen Partei.

16 Es handelt sich um die folgenden Berichte: „Thesen der EDU-Parteien zur Entwicklungspolitik" (EDU-Bulletin 13), „Neue Medien" (EDU-Bulletin 14), „Erziehung und Ausbildung in Schule und Universität" (EDU-Bulletin 15).

17 Abgedruckt in EDU-Bulletin 18, S. 15–23.

18 Der Beschluß ist abgedruckt in EDU-Bulletin 19. In einem kurzen Absatz ist die Haltung der finnischen Mitgliedspartei erwähnt. Der zentrale Vorbehalt lautet: „Die Partei glaubt nicht, daß die Stationierung neuer Waffensysteme in Europa, die Vermehrung der atomaren Bewaffnung, oder die Doktrin eines begrenzten atomaren Krieges dazu dienen können, die Sicherheit in Europa zu erhöhen" (S. 11).

19 Klessheimer Erklärung und Prinzipien der EDU – beide zusammen als EDU-Grundsatzprogramm apostrophiert – sind abgedruckt in EDU-Bulletin 18.

20 Die drei Berichte sind abgedruckt in den EDU-Bulletins 19, 20 und 21.

Weiterführende Literatur

Karnofsky, Eva-Rose, Parteienbünde vor der Europa-Wahl 1979. Integration durch gemeinsame Wahlaussagen? Bonn: Europa Union Verlag 1982.

Morgan, Roger u. Stefano Silvestri (Hrsg.), Moderates and Conservatives in Western Europe. Political parties, the European Community and the Atlantic Alliance, London: Heinemann 1982.

Müller-Rommel, Ferdinand, „Parteien neuen Typs" in Westeuropa: Eine vergleichende Analyse, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Opladen 1982, H. 3, S. 369–390.

Timmermann, Heinz, Sozialdemokratie und europäische Integration, Theoretische Voraussetzungen und politische Praxis, Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche Studien 1982.

Wende, Frank (Hrsg.), Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, Stuttgart: Kröner Verlag 1982.